

[04.11.2010]

Schnelle und korrekte Lösung für den Schülertransport

Die strenge Anwendung eines Dekrets der Wallonischen Region hat vor einigen Wochen für Unmut gesorgt: Vor allem Eltern behinderter Kinder aus der DG haben sich darüber beklagt, dass ihre Kinder bis an die Sprachengrenze gebracht werden müssen, um durch den Schulbus der Französischen Gemeinschaft weiter befördert zu werden. Aus diesem Grund interpellierte die CSP den Unterrichtsminister zu den Problemen beim Schülertransport zwischen der Deutschsprachigen und der Französischen Gemeinschaft.

Nach einer parlamentarischen Frage von Marc Elsen, CdH-Fraktionsvorsitzender im Parlament der Französischen Gemeinschaft, an den zuständigen Mobilitätsminister Philippe Henry (Ecolo) hatte dieser eine Übergangslösung angekündigt. Der Mobilitätsminister erläuterte, dass durch eine neue Direktive seit Anfang September das Territorialitätsprinzip beim Schülertransport angewandt werde. Dieses Prinzip besagt, dass nur noch Schüler von dem Schülertransport profitieren, die in der Französischen Gemeinschaft leben.

Auf die Interpellation der CSP im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft antwortete Unterrichtsminister Paasch, dass das Problem nicht dauerhaft gelöst worden sei. Lediglich bis zum Jahresende 2010 sollen Förderschüler der DG in die Schulen der Französischen Gemeinschaft gebracht werden. Ob es zu einer Weiterführung des Fahrdienstes kommt, hänge von den Verhandlungen ab, die zurzeit laufen. Regelschüler werden ohnehin nicht auf Kosten der DG befördert: weder aus der DG in die FG, noch umgekehrt – so der Minister.

Die CSP macht deutlich, dass für die betroffenen Schüler schnell und korrekt eine Lösung gefunden werden muss. Wie viele Bürger ist die CSP darüber befremdet, dass es überhaupt so weit hat kommen müssen. Das Vorhaben der Französischen Gemeinschaft ist bereits am 10. August bekannt geworden. Trotzdem musste es nun zu den Problemen kommen. Die CSP fordert eine systematische Prävention solcher Zwischenfälle an der Sprachengrenze, die nicht nur dem Image der Gemeinschaften, sondern dem des ganzen Landes schaden. Die CSP hält daher fest:

Die im »Regionalen Entwicklungskonzept« (Regierungsprogramm) angekündigte Förderung der gut nachbarschaftlichen Beziehungen darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Allen voran die Bürger müssen davon profitieren!

Luc Frank

CSP-Fraktion im PDG

www.csp-dg.be

